

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

115/22

POLITIK

Angola hat gewählt

INTERVIEW

Südafrikas
Außenpolitik

UMWELT

Sorge um
Namibias Norden

REISE

Ins fotografische Südafrika



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.
Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

	3	Wahlen in Angola	
			Lisa Rimli über die Ausgangslage der ersten Parlamentswahlen nach dem Tod des Langzeitpräsidenten Dos Santos. Plus Wahlergebnisse.
José Eduardo Dos Santos †	4		
	12	Eigenständiger Kurs	
			Interview mit dem stellvertretenden südafrikanischen Außenminister Alwyn Botes
	15	Erdöl am Okavango?	
			Rinaani Musutua über einen sich anbahnenden Umwelt- und Demokratieskandal
Neue US-Afrikastrategie	19		
	20	Fotoreise nach Südafrika	
			Maria Kirchners eindrucksvolle Begegnungen in Kapstadt und Johannesburg
			
10 Jahre seit Marikana	24		

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Al Jazeera, Maria Kirchner, Jakob Krameritsch, Adalbert Krims, Rinaani Musutua, Lisa Rimli, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Daniela Waldburger. **Fotos:** Conferência Episcopal de Angola e São Tomé, Maria Kirchner (auch Cover), Jakob Krameritsch, Alois Pommer, Birgit Reiter, SADOCC, Walter Sauer, Südafrikanische Botschaft, World Diamond Centre/Tom Neys, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. September 2022. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Angola: Déja vu ohne Ende?

Die Parlamentswahlen am 24. August waren die ersten unter Präsident João Lourenço, der 2017 José Eduardo dos Santos nach 38 Jahren im Amt als Staatspräsidenten und Vorsitzenden der Regierungspartei MPLA ablöste (INDABA 95/17). Sieben politische Parteien und eine Parteienkoalition nahmen an den Wahlen teil, und offiziell wurden 14 Millionen Wähler und Wählerinnen registriert, darunter erstmals 22.000 in der Diaspora. Kurz vor dem Urnengang beschrieb Lisa Rimli die Ausgangslage wie folgt.

Angola durchlebt seit 2014 eine schmerzhafteste Wirtschafts- und Finanzkrise mit steigender Inflation, zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut, die sich durch die Covid-Krise noch verschärfte. Im Süden herrscht seit Jahren eine verheerende Dürre, die schwerste seit 40 Jahren, doch die Regierung hat bisher darauf verzichtet, den Notstand zu erklären. Die Frustration der jungen und gut informierten urbanen Bevölkerung über die desolaten Wirtschaftslage, Mißwirtschaft und Verschlechterung der Lebensbedingungen, über das Fehlen von transparenten Anti-Korruptionsreformen und die andauernde Verschiebung der Lokalwahlen scheint es der MPLA nicht leicht zu machen, noch einmal eine komfortable Zweidrittelmehrheit im Parlament zu gewinnen.

Noch 2021 setzte Präsident João Lourenço eine Verfassungsänderung durch, die von der MPLA-Parlamentsmehrheit abgesegnet wurde, welche künftig die parlamentarische Kontrolle noch stärker einschränkt als in der Verfassung von 2010. So darf das

Knapper Sieg

Fast ganz in rot – der Parteifarbe der regierenden MPLA – erscheint Angola auf der Website der Wahlkommission (<https://resultados2022.eleicoesgerais.cne.ao>) mit nur wenigen Einsprengseln in grün, der Farbe der oppositionellen Parteienkoalition UNITA-FPU.

Doch der Eindruck täuscht: Mit 51,17% der abgegebenen gültigen Stimmen fuhr die MPLA ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein. 2017 hatte die ehemalige Unabhängigkeitsbewegung noch 61 Prozent erreicht (offizielle Zahlen). Der UNITA-Block unter seinem relativ jungen Vorsitzenden Adalberto Costa Júnior konnte sich von damals 33% auf fast 44 % verbessern. Das bedeutet den Verlust der bisherigen Zweidrittelmehrheit der MPLA im Parlament (124 zu 90 Abgeordnete, weitere sechs Sitze entfielen auf Splitterparteien). Besonders schmerzlich ist

für die Regierungspartei das Ergebnis in der Hauptstadt Luanda, wo UNITA mit über 62 % zur mit Abstand stärksten Partei wurde. Angesichts des Umstands, daß die Wahlbeteiligung mit knapp 45 % relativ gering ausfiel, ist der Rückhalt der MPLA in der Bevölkerung wohl noch geringer, als die Zahlen zeigen. In Parallelzählungen, die von NGOs vor den Wahllokalen durchgeführt wurden, lagen MPLA und UNITA sogar ziemlich gleichauf. Von der Opposition wird die Gültigkeit der offiziellen Zahlen ohnehin angezweifelt, ein Antrag auf Überprüfung der Ergebnisse wurde vom Verfassungsgericht allerdings abgelehnt. Laut angolanischer Verfassung übernimmt der Listenführer der stärksten Partei automatisch das Amt des Präsidenten. Für João Lourenço beginnt somit seine zweite (und letzte) Amtszeit.

verstorben

Kontinents. Dos Santos wurde als wichtiger stabilisierender Faktor im Land und im Südlichen Afrika angesehen, aber im gleichen Zeitraum entwickelte sich anhaltende Korruption, wurde die Demokratie eingeschränkt. 2010 stärkte er seine Machtposition durch eine neue Verfassung, die zugleich seine Amtszeit verlängerte.

Schon lange vorher hatte Dos Santos das Land von der marxistischen Ideologie der MPLA hin zu einer kapitalistischen Ausrichtung geführt. Investoren aus China und westlichen Ländern kamen, um das angolische Öl zu fördern, und mit ihnen kam der Vetternkapitalismus, in dessen Rahmen sich MPLA-Funktionäre und Dos Santos' Verbündete und Familienmitglieder bereicherten. Isabel Dos Santos, seine älteste Tochter, wurde mit einem geschätzten Vermögen von 3,5 Milliarden US-Dollar zur reichsten Frau Afrikas.

Der Großteil der Bevölkerung hingegen lebt immer noch in Armut – ein scharfer Kontrast zum luxuriösen Lebensstil der angolischen Elite. Kritiker sagen, daß unter Dos Santos' Herrschaft jeder, der es wagte, ihn oder seine Familie zu kritisieren, verfolgt oder verhaftet werden konnte.

João Lourenço, unter Dos Santos Verteidigungsminister und sein Nachfolger seit September 2017, leitete nach dem Abgang seines Mentors ein hartes Vorgehen gegen die Korruption ein. Die Situation spitzte sich 2020 zu, nachdem die *Luanda Leaks* des *International Consortium of Investigative Journalists* aufdeckten, wie Isabel öffentliche Gelder aus Angola veruntreut hatte, um ein Milliardenimperium aufzubauen. Der Staat beschuldigte sie der Geldwäsche, der Fälschung und anderer Finanzverbrechen im Zusammenhang mit ihrer Zeit als Leiterin der nationalen Ölgesellschaft *Sonangol* – einer Funktion, die sie von ihrem Vater übernommen hatte. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt (INDABA 96/17), ein Bruder zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er während seiner Amtszeit als Leiter des angolischen Staatsfonds bis zu 500 Millionen US-Dollar veruntreut hatte.

Dos Santos Tod fiel in eine heikle Zeit für die angolische Demokratie. Das Land stand vor Wahlen, bei denen Dos-Santos-treue Kräfte versuchten, seinen Nachfolger Lourenço zu stürzen, der von ihnen als Verräter gegenüber der ehemaligen First Family angesehen wird.

Al Jazeera, red. bearb.

– und damit die neue Führung von Adalberto Costa Júnior –, und erzwang eine erneute Durchführung des Kongresses.

Bereits zuvor hatte das Verfassungsgericht im Dezember 2020 definitiv die Registrierung der neuen Partei *PRA-JA Salvar Angola* des Oppositionspolitikers Abel Chivukuvuku abgelehnt, aufgrund angeblicher Unregelmäßigkeiten in den über 30.000 vorgelegten Unterschriften. Laut Parteiengesetz sind 7.500 Unterschriften für eine Registrierung notwendig – 150 in jeder Provinz. Ohne Widerrede registrierte das Gericht 2022 zwei neue Parteien von Unita-Dissidenten, *N-Django* und *Partido Humanista de Angola*. Es gab bereits in früheren Wahlen Anzeichen der Ungleichbehandlung von Parteien bei der Parteienregistrierung, doch betrafen diese nicht die wichtigsten Oppositionsparteien und -figuren.

Das Verfassungsgericht ist das einzige Appellationsgericht für die Wahlen, und in den Wahlen seit 2008 hat das Gericht alle von der Opposition vorgebrachten Klagen abgelehnt. Die Nationale Wahlkommission hat die Aufgabe, die transparente Durchführung der Wahlen zu organisieren und zu überwachen. Seit vielen Jahren fordern Opposition und Zivilgesellschaft eine unabhängige und inklusive Wahlkommission. Doch 16 Mitglieder der 17-köpfigen CNE werden von den Parteien gemäß ihrer Parlamentsvertretung ernannt. Der CNE-Vorsitzende – das 17. Mitglied – ist ein Richter, den das Oberste Richtergremium (*Conselho Superior de Magistratura Judicial*) ernannt. Dieses Gremium ist wiederum von der MPLA dominiert, und sein Vorsitzender wird vom Präsidenten bestimmt.

Die diplomatische Einschätzung

der EU-Wahlbeobachtermission von 2008 zur Rolle der CNE gilt bis heute: „*limited at best*“. Im Laufe von drei Wahlprozessen hat die CNE als formale Instanz agiert, welche weitgehend die Regierungspartei begünstigte, indem sie wiederholte und systematische Verletzungen des Wahlgesetzes von Seite der MPLA ignorierte und zudem ermöglichte, daß parallele, gesetzlich nicht vorgesehene Strukturen und Akteure Einfluß auf sensible Bereiche wie die Wahllogistik, Stimmzählung und Urnentransporte übernahmen.

Wie schon in den drei vergangenen Wahlen hat 2022 die spanische Firma *Indra Sistemas* über eine intransparente öffentliche Ausschreibung der CNE die Organisation der Informatik und Logistik übernommen. Die Ausschreibung war sehr kurzfristig angesetzt und so eng formuliert, daß nur zwei Firmen teilnehmen konnten. Indras Konkurrentin *Smartmatic* wurde dann wegen angeblicher Formfehler vom Verfahren ausgeschlossen. Laut Ausschreibungskriterien der CNE hätte Indra eigentlich ausgeschlossen werden sollen, nachdem die Firma 2018 von einem spanischen Gericht rechtskräftig wegen Steuervergehen verurteilt worden war.

Es dürfte zwar schwierig sein, der in 140 Ländern vor allem im Verteidigungssektor tätigen Firma Indra Sistemas Wahlmanipulationen und Absprachen mit der Regierung in Angola nachzuweisen. Doch die mehr als fragwürdigen Auswahlprozesse der immer selben Firma durch die CNE gibt der



Wiedergewählter Präsident Lourenço

Opposition und Zivilgesellschaft allen Grund zum Mißtrauen. Hinzu kommt, daß die CNE auch die Transportlogistik der Wahlurnen – ohne öffentliche Ausschreibung – an die angolische Firma KPMP-LTI vergab. Deren Vertreter sind laut dem angolischen Newstoportal *Club-k* mit einer Firma des früheren Chefs des präsidialen Sicherheitsbüro unter Dos Santos, General „Kopelipa“, liiert.

Laut Wahlgesetz werden die am Wahltag abgegebenen Stimmen in jedem Wahllokal gezählt. Die Ergebnisakten (*Actas-síntese*) sollten dann nach Begutachtung durch die Parteidelegierten vom Wahllokalvorsitzenden an die Nationale Wahlkommission übermittelt werden. Die Delegierten aller Parteien sollten eine Kopie der Ergebnisakten erhalten. In ihrem Aufgabenheft für die Wahllogistik, für welche die Firma Indra ausgewählt wurde, etablierte die CNE jedoch parallele, im Wahlgesetz nicht vorgesehene Prozesse: So sollen die Wahlergebnisse der Wahllokale nicht von deren Vorsitzenden

unter Überwachung der Parteidelegierten, sondern in eigens dafür eingerichteten Übermittlungszentren (*Centros de Despacho*) auf Distriktebene an die Nationale Wahlkommission übermittelt werden. Diese Zentren sollen von dafür durch die Indra zu rekrutierendes „technisches Personal“ betrieben werden.

In den vergangenen drei Wahlgängen haben Oppositionsparteien, Zivilgesellschaft und ausländische Wahlbeobachter/innen darauf hingewiesen, daß ähnliche parallele Strukturen und Prozesse als Einfallstor für die ungehinderte Manipulation der Wahlergebnisse durch eingeschleuste „Techniker“ der Sicherheitskräfte, Geheimdienste oder des Präsidialen Sicherheitsbüros dienen.

Zudem werden nach umstrittenen Änderungen des Wahlgesetzes im August 2021 die Wahlergebnisse nicht mehr zuerst auf provinzieller Ebene ermittelt, sondern nur noch in der Zentrale der CNE in der Hauptstadt. In der Praxis war dies bereits 2017 der Fall, als die CNE bereits am Folgetag der Wahlen provisorische nationale Resultate bekannt gab, während die Auszählung in den meisten Provinzen noch im vollen Gang war. Die Oppositionsmitglieder der CNE protestierten darauf in einer Pressekonferenz, keine Kenntnis von der Herkunft dieser Zahlen zu haben. Doch statt diese Fragen zu klären, strengte die CNE später eine interne

Wahlen leicht zu manipulieren



Bischöfe warten im Vorfeld der Wahlen vor Gewalt

Ermittlung gegen die kritischen Oppositionsmitglieder an.

Die Wählerregistrierung wird vom Staat durchgeführt und aktualisiert, und die definitiven Wählerlisten (*Cadernos eleitorais*) sollten bis spätestens 30 Tage vor dem Wahltag der CNE übergeben werden. In den bisherigen Wahlen wurden die Wählerlisten zu spät oder nicht überall veröffentlicht. 2022 verzichtete die Regierung ganz auf die physische Veröffentlichung der provisorischen Wählerlisten mit dem Hinweis auf das gesetzliche Gebot der Wahrung der Privatsphäre. Wähler konnten ihr Register nur individuell per SMS, online oder bei der lokalen Verwaltung überprüfen.

Angesichts der Desorganisation vieler lokaler Verwaltungsstellen und des prekären Zugangs zu Internet und Strom in vielen Landesteilen schließen

solche Vorgaben tendenziell viele Wählende von der Möglichkeit aus, ihre Angaben im Wählerregister zu überprüfen. In den vergangenen Wahlen gab es auch in den Städten zahlreiche Beispiele für Wählende, die am Wahltag von ihrer Registrierung in einem weit entfernten Provinzort erfuhren. Zudem lebt ein großer Teil der Bevölkerung in informellen Siedlungen in peri-urbanen Gebieten, ohne offizielle Kennzeichnung von Straßen und Hausnummern, was die Erfüllung formaler Kriterien für viele erschwert – eine Realität, die der Regierung bestens bekannt sein dürfte.

Medien weitgehend von Regierung kontrolliert

trotz substanzieller Reformvorschläge von Medienschaffenden zur neuen Pressegesetzgebung, die 2017 in Kraft getreten ist, kontrolliert noch immer der von der Regierungspartei dominierte Staat die Medien.

Das Ministerium der Medien und Informationstechnologie vergibt Lizenzen, diktiert die Regeln und wacht über deren Einhaltung für Radio, Fernsehen, Printmedien und digitale Newswebsites.

Nach anfänglicher zaghafter Öffnung nach Lourenços Machtantritt sind die staatlichen Fernsehsender (TPA 1 und TPA 2) unterdessen wieder Propagandaorgane der Regierungspartei – „TMPLA“, wie sie der angolische Journalist Carlos Rosado de Carvalho charakterisiert. Zudem hat die Regierung 2020 den privaten Medienkonzern *Medianova* verstaatlicht (der von Alliierten des ehemaligen Präsidenten Dos Santos mit öffentlichen Geldern gegründet worden war) und entzog 2021 zwei weiteren privaten Fernsehsendern vorübergehend die Lizenz. Somit kontrolliert die Regierung praktisch alle nationalen Fernsehsender.

Der Staat hat auch noch immer das Monopol über Radiokurzwellen mit nationaler Reichweite. Mit Ausnahme von *Rádio Ecclésia* der katholischen Bischofskonferenz, das unter Lourenço nun endlich auch in einigen Provinzen senden darf, haben nur staatliche Radiosender nationale Reichweite. Dank der horrenden Gebühren für die Lizenzierung von Lokalradios – 126.000 Euro – ist Angola noch heute das einzige Land im südlichen Afrika ohne Community Radios.

Diffamierung (Verleumdung und üble Nachrede) gelten im neuen Pressegesetz und dem neuen Strafrechtskodex von 2020 nach wie vor als Straftat. Bei einer Verurteilung drohen bis zu 1,5 Jahre Gefängnis plus Geldstrafen. Seit 2021 warten diverse Journalisten auf ihren Gerichtstermin wegen Diffamierungsklagen aufgrund



Hauptstadt Luanda – jetzt Hochburg der Opposition

von Artikeln, die zum Teil Jahre zuvor publiziert wurden. Alle Klagen wurden von Regierungsbeamten in Machtpositionen angestrengt. Bereits vor früheren Wahlen häuften sich Diffamierungsklagen gegen Journalist/inn/en – nicht bei allen kam es zu Gerichtsprozessen, doch die Angst vor möglichen Klagen fördert die Selbstzensur.

Seit einem Jahrzehnt sind digitale und soziale Medien ein wichtiges alternatives Sprachrohr für kritische Stimmen, doch das Internet ist noch längst nicht für alle zugänglich und vor allem nicht erschwinglich. Im Mai forderte das Medienministerium 15 populäre Newswebsites, sich offiziell zu registrieren. Im Fall von *Camundanews* standen bewaffnete Polizisten der Kriminalpolizei (SIC) vor der Tür, was eher den Eindruck von Einschüchte-

rung als einer bürokratischen Formalität erweckte.

Im Mai segnete die MPLA-Parlamentsmehrheit ein Gesetz ab, das Meinungsumfragen während der offiziellen Kampagne durch nicht offiziell registrierte Institutionen verbietet. Die extrem hohen finanziellen Hürden für solch eine Lizenzierung (umgerechnet 34.000 Euro) und die Auflage, Meinungsumfragen vor ihrer Veröffentlichung der CNE und dem Medienministerium vorzulegen, wurde von Opposition und zivilgesellschaftlichen Gruppen als eine weitere Blockade der freien Meinungsäußerung kritisiert. Laut Meinungsumfragen in über 100 Distrikten, welche die Organisation MUDEI in den letzten Monaten veröffentlichte, sinkt der Stimmenanteil der Regierungspartei auf unter 30

Wenige Wahlbeobachter und eingeschränkt

Prozent, mit *Unita/Frente Patriótica* als Gewinner.

Das Wahlgesetz beschränkt die Gesamtzahl für nationale Wahlbeobachter/innen auf 2.000 landesweit – eine absurd kleine Zahl für ein Land wie Angola. Dazu kommen hohe bürokratische Hürden und genau festgesetzte Quoten für Institutionen, die solche aufstellen können. Aufgrund wiederholter massiver Probleme unabhängiger Gruppen der Zivilgesellschaft in vergangenen Wahlen, ihre Beobachter/innen zu akkreditieren, haben Oppositionsparteien und Aktivist/innenengruppen wie MUDEI alle Bürger/innen aufgerufen, an der Beobachtung mitzuwirken.

Seit Anfang Juli dürfen verschiedene Institutionen bestimmte Quoten internationaler Beobachter einladen. Doch weniger als zwei Monate sind für ernstzunehmende und größere internationale Beobachtermissionen wie von der EU oder dem Carter Center ein viel zu kleiner Zeitraum, während sich Beobachtermissionen der SADC, der portugiesischsprachigen Länder oder der AU in vergangenen Wahlen in erster Linie auf den friedlichen Ablauf während der offiziellen Kampagne und rund um den Wahltag konzentriert haben.

Lisa Rimli ist unabhängige Beraterin und war 2008 und 2012 Wahlbeobachterin in Angola. Ihr Beitrag wurde vor den Wahlen geschrieben und erschien gleichzeitig in afrika süd, dem Magazin unserer Partnerorganisation Informationsstelle Südliches Afrika in Bonn (<https://www.issa-bonn.org/>). Wir bedanken uns für die gute Kooperation.

... spektrum ...

Südafrika Innenpolitik. Die Corona-Pandemie, zunehmende Teuerung und die anhaltenden Stromausfälle haben das Unzufriedenheitspotential der südafrikanischen Bevölkerung in den letzten Jahren massiv verstärkt. Steigende Kriminalität, ausländerfeindliche Übergriffe und nicht zuletzt Mißtrauen gegenüber der etablierten Politik waren die Folge. Dies äußert sich nicht zuletzt in einem Vertrauensverlust des seit 1994 regierenden *African National Congress* (ANC), der durch Korruption und interne Grabenkämpfe weitgehend gelähmt scheint. Der ANC habe das Volk im Stich gelassen und seine Ziele vergessen, schrieb kein Geringerer als Kurzzeitpräsident Kgalema Motlanthe unlängst auf Twitter.



Kgalema Motlanthe

Wie Motlanthe sind auch Staatspräsident Cyril Ramaphosa und die Fraktion der sogenannten Konstitutionalisten im ANC bemüht, durch Antikorruptionsmaßnahmen, eine Reform des Energieversorgers ESKOM und nicht zuletzt Entschuldigungen für ge-

machte Fehler das Vertrauen der Wähler/innen/schaft wiederzugewinnen – vor den nächsten Parlamentswahlen 2024 (die Verluste bei den Kommunalwahlen Anfang November 2021 wiegen schwer: INDABA 112/21). Andere Strömungen der Partei hingegen setzen auf „Radikale wirtschaftliche Transformation“ (RET), was vor allem den Zugriff auf Nationalbank und Finanzministerium abzielt – auf jene zwei Institutionen, die auch ein Präsident Zuma nicht unter seine bzw. die Kontrolle der Gupta-Familie bringen konnte. Welche Fraktion sich letztendlich durchsetzt, wird der für Dezember vorgesehene ANC-Parteitag zeigen, um dessen Delegierte (von den Ortsgruppen entsendet) sich heftige, häufig gerichtlich oder sogar bewaffnet ausgetragene Konflikte abspielen.

Blicken wir zurück auf bisherige Parteitage: In Polokwane 2007 wurde Präsident Thabo Mbeki von Jacob Zuma besiegt, der eineinhalb Jahre später ins Präsidentenamt einzog. Sein Sieg führte zu fast einem Jahrzehnt des Verfalls, systemischer Korruption und einer Aushöhlung des staatlichen Institutionen. Zumas Wiederwahl 2014 stand für Kontinuität von „state capture“ (INDABA 100/18). Beim Parteitag in Johannesburg (Nasrec) 2017 reüssierte Cyril Ramaphosa knapp bei der Wahl zum Parteivorsitzenden und wurde kurz darauf auch Staatspräsident. Durch eine Reihe von Maßnahmen wie die Einrichtung der Zondo-Kommission oder die Ernennung von Shamila Batochi zur Leiterin der nationalen Strafverfolgungsbehörde versuchte er, einen entscheidenden Bruch mit der Ära Zuma herzustellen und Rechenschaftspflicht, Transparenz, Kohärenz, Stabilität und Kontinuität in Staat und

Gesellschaft zu fördern. Die Gegner dieser Entwicklung – die RET-Fraktion – setzen auf Populismus. Ihnen werden Jacob Zuma (und einiger seiner Kinder) sowie der ehemalige ANC-Generalsekretär Ace Magashule zugerechnet – auch dieser wegen Korruption gerichtlich angeklagt.

Es scheint, daß sich der Ramaphosa-Flügel bei der Ende Juli abgehaltenen *ANC Policy Conference* durchsetzen konnte. Insbesondere hält die Partei an der sog. *stand aside rule* fest, d. h. daß jene Funktionäre, die wegen Korruption angeklagt werden, von allen Funktionen zurücktreten müssen oder sofort suspendiert werden (was freilich nicht immer passiert). Mittlerweile scheint sich aber eine Gegenkandidatin in Richtung Parteitag herauszukristallisieren, nämlich Nkosazana Dlamini-Zuma, eine ehemalige Frau Jacob Zumas, langjährige Ministerin und ehemalige Vorsitzende der Afrikanischen Union. Sie war 2017 Ramaphosa knapp unterlagen. Die RET-Fraktion versucht mit ihrer neuerlichen Kandidatur, die Kontrolle über den ANC und letztendlich über den Staatsapparat wiederzubekommen.

Sollte diese Strategie im Dezember erfolgreich sein – was von vielen als katastrophal eingeschätzt wird –, würde dies vermutlich die schnelle Rückberufung Ramaphosas aus der Präsidentschaft nach sich ziehen, einen Wahlerfolg des ANC 2024 aber eher unwahrscheinlich machen. Für diesen Fall existiert ein Plan B: ein Wahlbündnis (o. ä.) mit den oppositionellen *Economic Freedom Fighters* (EFF), deren Programmatik weitgehend mit der von RET übereinstimmt. Das Hindernis dafür liegt im personellen Bereich: EFF-Führer Julius Malema würde sicher den Anspruch auf den Präsidentensessel stellen.

Schritt Führungsstärke gezeigt.

Die Beamten erhalten nun 3 % mehr Grundgehalt, 11 % mehr Wohngeld und 14 % mehr Verkehrszulage. Weiters wird der Arbeitgeberbeitrag zum *Government Institutions Pension Fund* (GIPF) um 3 % erhöht.

Die Vereinbarung, die mit Napwu und der *Namibia National Teachers Union* (Nantu) abgeschlossen wurde, gilt für ein Haushaltsjahr und stellt einen Kompromiß dar. Die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft hätten die Regierung 3,5 Milliarden N\$ gekostet. Der der Opposition nahestehende *Trade Union Congress of Namibia* (Tucna) kritisierte die Vereinbarung und sprach von einem Ausverkauf der Ansprüche der öffentlich Bediensteten. Politikanalyst Joseph Diescho erinnerte daran, daß die Gehälter dieses Sektors fünf Jahre lang nicht erhöht worden seien, die Unzufriedenheit der Betroffenen daher verständlich. Geingob hätte schon viel früher zu einem Runden Tisch einladen und eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften treffen sollen.

Ehrung für Missionarsprotest.

Josef Pampalk, ehemaliger Missionar der Weißen Väter und langjähriger Moçambique-Aktivist, erhält am 7. Oktober in Wien die „Trompete von Jericho“, eine Auszeichnung der kirchenreformerischen Bewegung in Österreich. Sie würdigt Menschen, „die gegen längst überholte kirchliche Regeln aufstehen“ und sich für Veränderung in der Kirche einsetzen, „vor allem, wenn sie dafür von der Kirchenleitung bestraft werden“, so die Initiatoren. Erste Preisträgerin war 2021 die Theologin, Autorin und frühere Ordensfrau Doris Reisinger (<https://www.laieninitiative.at/index.php?id=486>).

Swahili auf Expansionskurs

Im November 2021 erklärte die Generalkonferenz der UNESCO anlässlich ihrer 41. Tagung in Paris den 7. Juli zum Welttag des Swahili. Mit der Resolution 41 C/61 erkannten die Mitgliedstaaten die entscheidende Rolle von Swahili bei der Förderung der kulturellen Vielfalt, der Bewußtseinsbildung und des Dialogs an. Swahili, neben Arabisch die meistgesprochene afrikanische Sprache, befindet sich weiterhin auf Expansionskurs, nicht nur in der Anerkennung seiner kulturellen Bedeutung wie etwa durch die UNESCO, sondern auch durch die sich vergrößernde Anzahl von Schulen und Universitäten weltweit, die Swahili als Fach lehren.

Zwei Tage, bevor der erste Welttag des Swahili begangen wurde empfing der tanzanische Minister für Bildung, Wissenschaft und Technologie, Prof. Dr. Adolf Mkenda, die südafrikanische Bildungsministerin Matsie Angelina Motshekga in Dar es Salaam. Swahili wird nun auch bald in südafrikanischen Schulen als Fach angeboten. Ein stärkerer sozialer Zusammenhalt zwischen Bürger/inne/n der beiden Staaten soll damit erreicht werden, betonten die beiden in ihrer Pressekonferenz. Motshekga erklärte, daß es für Südafrikaner/innen wichtig sei, die meistgesprochene afrikanische Sprache – die auch eine Arbeitssprache der afrikanischen Union ist – weiter lernen zu können.

Daniela Waldburger

Für die Würdigung der katholischen Missionare, die 1971 gegen die portugiesische Kolonialherrschaft in Moçambique protestierten, ohne um amtskirchliche Genehmigung anzusuchen, und die daraufhin kollektiv das Land verlassen mußten, setzten sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Personen und Organisationen – auch SADOCC – ein (INDABA 114/22). Pampalk wird die Ehrung stellvertretend für alle Missionare und insbesondere für den 2019 verstorbenen Generaloberen der „Afrikamissionare Weiße Väter“, Theo van Asten, entgegennehmen, der wegen seines Engagements von den portugiesischen Bischöfen und dem Vatikan bis zu seinem Lebensende ausgegrenzt wurde. Pampalk im Rückblick: „1964 begann der Unabhängigkeitskrieg. Ich

habe Bischöfe erlebt, die als Agenten der Geheimpolizei agierten, die portugiesische Massaker als Lügen ausländischer Missionare abtaten und die koloniale Gehirnwäsche nachbeteten. Ich erlebte aber auch solche, die ihre Augen und Herzen für das Unrecht und ihre Mitverantwortung öffneten, die sich total änderten und auf die Seite des Volkes stellten.“ Und: „Statt Gehorsam den kirchlichen und weltlichen Autoritäten gegenüber einzufordern, forderte Theo van Asten diese heraus. Er hörte konsequent auf den Schrei des Volkes wie der Missionare.“

Die Laudatio bei der Feierstunde hält der Afrikahistoriker und Moçambiquespezialist Eric Morier-Genoud (Belfast).

Südafrika für nukleare Abrüstung, Blockfreiheit und soziale Gerechtigkeit

Nach einem ausführlichen Gedankenaustausch zwischen dem stellvertretenden Außenminister Alwyn Botes und einer SADOCC-Delegation führten Walter Sauer und Daniel Stögerer mit ihm das folgende Interview.



Herr Minister, der Grund für Ihren Aufenthalt in Wien ist die erste Konferenz der Unterzeichnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags. Gestern haben Sie in Ihrer Rede gesagt, daß „Südafrika mit dem Prozeß seines demokratischen Wandels von einer einstmaligen Gefahr für internationalen Frieden und Sicherheit zu einem Verantwortungsträger in der Erhaltung dieser Werte wurde.“ Nun sind die meisten NATO-Mitgliedsstaaten auch etablierte Demokratien, unterzeichnen den Atomwaffenverbotsvertrag allerdings nicht. Warum?

Das ist eine wichtige Frage. Südafrika ermutigt die atomwaffenlosen NATO-Mitgliedsstaaten, welche indirekt auch Nuklearstaaten sind, da sie sich unter dem Schuttschirm der Atomkräfte in der NATO befinden, ihre Unterschrift unter den Vertrag zu setzen. Wir selber haben ja erstens

den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert, der Teil eines breiteren Abrüstungsregimes ist, und unterstützen zweitens auch den Atomwaffenverbotsvertrag, den wir nicht nur als ein Dokument sehen, das wie schon frühere auf die Unmoral von Atomwaffen hinweist, sondern das zum allerersten Mal in der Geschichte deren Lagerung, Nutzung, Verbreitung und auch Betreuung von Nuklearanlagen im Namen von Nuklearstaaten für illegal erklärt. Deshalb ermutigen wir insbesondere die demokratischen Staaten, das Thema zu Ende zu denken im Interesse der Vermeidung der humanitären Konsequenzen und einer Lösung der mit nuklearer Rüstung verbundenen Probleme.

Wenn man die Mitgliedsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrages auf einer Weltkarte markiert, wird man die meisten im sogenannten globalen Süden

finden. Die meisten afrikanischen, zentral- und südamerikanischen sowie südostasiatischen Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, der Großteil Europas, die USA, Kanada und Australien hingegen nicht. Was ist Ihrer Meinung nach die Ursache für diese globale Dichotomie?

Ich denke, es ist ein stärker verantwortungsbewußter globaler Süden, den wir hier sehen. Wir sind eine sich entwickelnde Welt, die sich Friede, Sicherheit und damit auch die Freiheit von Nuklearwaffen wünscht. Das ist es, was wir uns im Globalen Süden vorstellen. Wir stellen uns eine Situation vor, wo Konflikte nur durch Dialog gelöst werden können und nicht durch das Aufrüsten des militärischen Komplexes in verschiedenen Staaten. Wir sind den Werten der Blockfreienbewegung und den Bandung-Prinzipien treu, denen zufolge ein sich bildender Konflikt stets durch friedlichen Dialog, Vermittlung und Engagement gelöst werden muß.

Beim Inkrafttreten des Vertrages vor einem Jahr hätte noch niemand mit dem Ukrainekrieg und Rußlands aktuellen Drohungen über den Einsatz von Nuklearwaffen gerechnet. Glücklicherweise verpflichtet der Atomwaffenverbotsvertrag seine Mitglieder auch zur Leistung humanitärer Hilfe an die Opfer von Nuklearschlägen.

Sollte ein solcher in Europa oder den USA stattfinden, wie würde Südafrika reagieren?

Unsere erste Position ist, daß Nukleartechnologie nur für friedliche Zwecke eingesetzt werden soll. Jeder Staat, der Atomenergie nutzt, um andere Völker zu gefährden, wird selbstverständlich umgehend unter Druck gesetzt werden müssen. Der Einsatz von Nuklearwaffen ist etwas, was sich nicht mit unserem Wertesystem vereinbaren läßt – immerhin haben wir selbst unser früheres nukleares Waffenarsenal abgerüstet –, das ist undenkbar. Wir weisen es selbstverständlich zurück, und kein Nuklearstaat sollte sich einer Sprache bedienen, die bestehende Spannungen vertieft und Angst verbreitet.

Wenn man das nämlich tut, leistet man dem Argument von Nuklearstaaten Vorschub, Atomwaffen für ihre Sicherheit zu brauchen. Das ist unserer Ansicht nach eine unzulässige Debatte, weil wir nicht glauben, daß Waffen mit derartiger Zerstörungskraft etwas zu Frieden und Sicherheit beitragen können. Auch im Apartheid-Südafrika trugen sie kein bißchen zu unserer Frieden und Sicherheit bei, und auf globaler Ebene tun sie das bis heute nicht.

Sie haben die generelle Orientierung der südafrikanischen Außenpolitik als multilateral und blockfrei bezeichnet. Was bedeutet Blockfreiheit für Südafrika angesichts der heutigen Weltlage, zum Beispiel des Ukraine-Kriegs?

Ich denke, eine unserer außenpolitischen Orientierungen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine ist, daß wir bündnisfrei waren, aber auch neutral.

Das heißt: Wir sind bündnisfrei und haben daher Verständnis und Respekt für die souveräne territoriale Integrität der Ukraine, das steht im Einklang mit den Bandung-Prinzipien der Bewegung der Blockfreien. Aber wir sind auch nicht für den Ausbau des militärischen Komplexes und die Aufstockung der militärischen Ressourcen. Wir plädieren für spezifische Formen von Friedensdiplomatie. Und Friedensdiplomatie wird sich logischerweise auch mit einigen Sicherheitsbedenken bezüglich des Militärbündnisses in Europa befassen müssen, die Rußland deutlich geäußert hat.

Gibt es auch andere aktuelle Krisenherde, wo Südafrika diese Art von Friedensdiplomatie einsetzt?

Ja, wir fördern etwa den Dialog zwischen Palästina und Israel, der sich auf die Souveränität des palästinensischen Volkes auf der Grundlage der Grenzen von 1967 bezieht, und wir denken, daß es wichtig ist, einen sehr konkreten Nahost-Friedensprozeß in Gang zu bringen. Die Debatte zwischen Israel und Palästina ist eine Voraussetzung für Stabilität im Nahen Osten.

Die Situation der Palästinenser heute in Israel wird ja oft mit der früher bestehenden Apartheid in Südafrika verglichen. Sie selbst haben sich diesbezüglich in diversen Pressestatements eher vorsichtig geäußert und haben davor gewarnt, eine direkte Parallele zu ziehen. Können Sie Ihren Standpunkt erklären?

Im Zusammenhang mit dem Konflikt über die Notlage des palästinensischen Volkes haben wir gesehen, daß der Staat Israel den Resolutionen

des UN-Sicherheitsrates völlig ignorant gegenübersteht und ebenso ignorant der Wahrung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes, und daß die militärische Macht gegen das verletzte Volk von Palästina aufgewertet wird. Wir als Südafrika sind uns bewußt, daß Human Right Watch und Amnesty International Vergleiche zwischen der Apartheid in Südafrika und den Ereignissen in Palästina gezogen haben. Unserer Ansicht nach müssen wir aber den Konflikt, der durch das Verhalten des israelischen Staates entstanden ist, sorgfältig charakterisieren mit Bezug auf jene Themen, die laut Amnesty International als Apartheid gewertet werden sollten. Tatsache ist, daß die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung in ihrem Geburtsland eingeschränkt ist. Das ist offensichtlich ein Merkmal des Apartheidstaates. Zweitens haben die Menschen während der Apartheid eine rassenideologische Sichtweise propagiert. Wir müssen also prüfen, ob die ideologische Sichtweise in Bezug auf das palästinensische Volk mit jener übereinstimmt, die im allgemeinen als typisch für den Apartheidstaat angesehen wird. Hier müssen wir auch berücksichtigen, daß in Palästina sowohl Muslime als auch Christen unterdrückt werden. Es geht zwar nicht um einen Religionskrieg, weil sowohl das christliche als auch das muslimische Palästina unter dem israelischen Staat leidet, aber auch Religion wird als Kriegswaffe verwendet. Das mißbilligen wir zwar, dürfen es aber nicht übersehen.

Herr Minister, viele Menschen hier in Österreich oder anderswo sind besorgt über die zunehmende Xenophobie in Südafrika, Sie haben in diesem Zusammenhang ja sogar von „Afro-

Ölskandal am Okavango

Landraub – Gesetzlosigkeit – Korruption

Trotz nationaler und internationaler Proteste betreibt das kanadische Unternehmen ReconAfrica seine Probebohrungen im Grenzgebiet von Namibia und Botswana (INDABA 111/21) unbeirrt weiter – mit offensichtlicher Rückendeckung eines Teils der namibischen Regierung. Die Liste der Beschwerden ist lang, schreibt uns Rinaani Musutua aus Windhoek.

Sensible Territorien. ReconNamibia, die hiesige Tochter des kanadischen Unternehmens Reconnaissance Energy Africa, kurz ReconAfrica, hält eine 90%ige Beteiligung an einer Erdölexplorationslizenz im Nordosten Namibias, die das gesamte Kavango-Sedimentbecken umfaßt, die ökologisch sensible, wildreiche Wasserscheide im Grenzgebiet von Namibia und Botswana. Die UNESCO erkennt das Okavango-Delta, eine 7.000 Quadratkilometer große Oase, als Naturlandschaft mit „herausragendem Wert für die Menschheit“ an. Das von der Öl- und Gasexploration betroffene Gebiet liegt in geschützten Naturräumen, dem *Ncaute Community Forestry Area* und der *Kapinga Kamalye Conservancy*.

Diese Gebiete waren seinerzeit geschaffen worden, um die natürliche Umgebung von Wildtieren wie Elefanten und seltenen Säbelantilopen zu schützen und durch sanften Tourismus und Umweltschutzmaßnahmen nachhaltige Arbeitsplätze für die etwa 3.700 Bewohner/innen zu schaffen. Der größte Teil des Explorationsgebiets liegt außerdem innerhalb der ökologisch empfindlichen und geschützten *Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area (KAZA-TFCA)*, einem der größten Schutz-

gebiete der Welt, das fünf Staaten im Südlichen Afrika miteinander verbindet (www.kavangozambezi.org/en).

Teile des betroffenen Areals liegen zudem auf angestammtem Land der *San First Nations*. Die San-Gemeinschaften in den Regionen Kavango Ost und West haben den Aktivitäten von ReconNamibia allerdings nicht zugestimmt. Die Bohrungen stellen daher eine Verletzung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker dar, die Namibia 2007 unterzeichnet hat. Sie schreibt das Recht indigener Gemeinschaften auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung zu allen Entwicklungen, die sich auf ihre Ressourcen, Lebensgrundlagen und kulturelles Erbe auswirken, fest.

Schädigung von Natur und Gesellschaft. Die Öl- und Gasförderung von ReconNamibia stellt eine Bedrohung für das empfindliche Ökosystem in den betreffenden Gebieten dar und verursacht irreversible Schäden am Kavango-Zambezi-Ökosystem. ReconNamibia hält sich nicht an den firmeneigenen Umweltmanagementplan, der klare Richtlinien enthält z. B. für die Entsorgung schädlicher Bohrspülungen zur Vermeidung von Boden- und Grundwasserkon-

tamination. Die Schlammgruben, in die die Bohrabfälle entsorgt werden, sind nicht ausgekleidet. Laut Unternehmen sei dies nicht erforderlich, weil für die Bohrungen eine „organische“ Flüssigkeit auf Wasserbasis verwendet werde. Selbst wenn dies der Fall ist, würde

Recon-Bohrturm: Eines der wenigen vorhandenen Fotos



es das Unternehmen aber nicht von der Notwendigkeit entbinden, seine Bohrschlammgruben mit einer undurchlässigen Schicht auszukleiden. Denn das Wasser, das nach dem Bohren wieder an die Oberfläche gelangt, enthält – nach Angaben von ReconNamibia selbst – Öl, eine stark salz-

haltige Sole und möglicherweise natürlich vorkommende radioaktive Abfälle. In Kanada gelten für solche Fälle strenge Vorschriften für Abfallgruben, in Namibia werden diese Richtlinien ignoriert. Die kanadischen Vorschriften zum Deponieren von Abfall sehen auch vor, daß bestimmte Verbindungen wie Erdöl, Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle innerhalb bestimmter Grenzwerten liegen müssen. Ansonsten muß der Abfall als „gefährlich“ deklariert und entsprechend behandelt werden. Wir glauben nicht, daß in Namibia entsprechende Tests durchgeführt wurden.

Der Betrieb von Recon wird also höchstwahrscheinlich das Grundwasser, den Boden und die Luft verunreinigen und ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung bilden. Schon jetzt wurde aus einem der Dörfer berichtet, daß ein Bohrloch, aus dem bisher sauberes Trinkwasser bezogen wurde, nach Weichspüler zu riechen begann. Ob die Ölbohrungen bereits begonnen haben, das Grundwasser großflächig zu verunreinigen, müßte durch Tests der Wasserqualität festgestellt werden. Die Anwohner/innen sind für ihr Überleben ausschließlich auf Grundwasser angewiesen, und daher ist die Aufrechterhaltung des Grundwasserspiegels und der Grundwasserqualität entscheidend für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden.

Die Operationen von ReconNamibia haben auch schon zur Zerstörung von Häusern und zur Vertreibung von Familien geführt und werden, wenn sie fortgesetzt werden, die Lebensweise der lokalen Gemeinschaften ernsthaft beeinträchtigen. Sie stellen somit eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der betroffenen lokalen Bevölkerung dar, und noch dazu erfolgen sie illegal.

Gesetze mißachtet. ReconNamibia ist nämlich ohne die erforderlichen gesetzlichen Genehmigungen tätig. Erst Mitte September 2020 erfuhr man aus verschiedenen Quellen von den Plänen des Unternehmens. Die betroffenen Gemeinden und die Öffentlichkeit hatten keine Kenntnis davon, daß schon im Jahr zuvor eine Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen und unterzeichnet worden war.

Das ermöglichte es ReconNamibia, mit Erkundungsbohrungen auf kommunalem und unter Naturschutz stehendem Land zu beginnen. Allerdings waren die betroffenen Gemeinden nicht einbezogen worden, und die Öffentlichkeit hatte keine Gelegenheit gehabt, Einwände oder Bedenken zu äußern, wie es der *Environmental Management Act* von 2007 eigentlich vorschreibt. Warum dies so war, beantwortete der Vorsitzende der Landbehörde im Verlauf der öffentlichen Hearings, die das für Umweltfragen zuständige Parlamentskomitee später abhielt, folgendermaßen: Es seien ihm „die Hände gebunden“ gewesen, da bereits eine „Genehmigung der Regierung“ vorgelegen sei – schon vor der Umweltverträglichkeitsprüfung!

ReconNamibia betreibt also eine „unrechtmäßige Besetzung“ des kommunalen Landes, auf dem die Firma mit den Bohrungen nach Öl und Gas begonnen hat. Die erste Bohrung begann am 21. Dezember 2021 in der Nähe des Dorfes Kawe auf dem Mahangufeld eines örtlichen Bauern – ohne dessen Zustimmung. Ebenso lief es bei der zweiten Bohrung im Dorf Mbambi, die im Jänner 2021 startete. Den betroffenen Familien wurde keine Gelegenheit gegeben, ihre Landrechte zu verteidigen oder sich gegen die illegale Beschlagnahme ihres

Gebiets durch ReconNamibia zu wehren.

Erst Monate nach Beginn der Bohrungen, nämlich im Mai 2021, stellte die Firma einen Antrag auf Erwerb von Landrechten auf dem betroffenen kommunalen Gebiet. Laut dem Landreformgesetz von 2002 sind aber private, gewinnorientierte Unternehmen ausdrücklich nicht befugt, solche Rechte zu beantragen. Die zuständige namibische Behörde weigerte sich daher, ReconNamibia ein Landnutzungszertifikat auszustellen, und so ist das Unternehmen immer noch ohne grund- und bodenrechtliche Genehmigung tätig. Mittlerweile wurden Pachtrechte beantragt.

Das Unternehmen hat es weiters versäumt, vor den Bohrungen die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen zur Wassernutzung und -entsorgung einzuholen. Dies ist ein Verstoß gegen das Gesetz zur Bewirtschaftung der Wasserressourcen aus dem Jahr 2004. Bekannt wurde dieser Umstand durch ein Schreiben des Ministers für Wasser, Landwirtschaft und Landreform, Calle Schlettwein, das am 18. Dezember 2021 in der Zeitung *The Namibian* veröffentlicht wurde. Schlettwein forderte die kanadische Ölgesellschaft auf zu erklären, warum sie ohne Genehmigung nach Wasser für ihre industriellen Aktivitäten in den Kavango-Regionen bohrt.

Der Minister fügte auch hinzu: „Wir waren unzufrieden damit, wie der Wasser aspekt in der Umweltverträglichkeitsprüfung behandelt wurde“. Zu Recht wurde in den öffentlichen Hearings, die das für Umweltfragen zuständige Parlamentskomitee schließlich abhielt, darauf hingewiesen, daß solche Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung auf Korruption schließen lassen.

Korruption. Zunächst auf der Ebene der traditionellen Autoritäten. Ein Repräsentant derselben ist Alois Ngende, der seit März 2021 als Community Liaison-Person für ReconNamibia arbeitet. Dorfbewohner sagten aus, daß Ngende eine Schlüsselrolle bei der „illegalen Besetzung“ von kommunalem Land durch ReconNamibia gespielt hat. Ngende wird von ReconNamibia bezahlt, und gleichzeitig ist er Mitglied jener traditionellen Autorität – Shambyu –, deren Zustimmung für das Projekt entscheidend war. Diese erhielt übrigens auch eine Spende von Büromöbeln im Wert von 50.000 Nam-Dollar.

Weiters glauben wir, daß Recon alle Gesetze brechen darf, weil es auch namibische Regierungsbeamte in der Tasche hat. Laut öffentlichen



Rinaani Musutua

Aussagen leistete das Unternehmen eine Zahlung von 15 Millionen Nam-Dollar für „die Impfkampagne der Regierung“ an das Büro der Premierministerin. Warum die Zahlung das Geld an dieses ging und nicht an das Ministerium für Gesundheit und Soziales,

das für die Beschaffung von Impfstoffen zuständig ist, ist unklar. Korruptionsvorwürfe stehen jedenfalls im Raum.

angst. Nicht nur die Bewohner/innen der jetzt betroffenen Dörfer fürchten, von Recon ohne Entschädigung ihres Landes beraubt zu werden. Das Unternehmen hat zahlreiche Dörfer aufgesucht, um weiteres zur Rodung bestimmtes Land zu ermitteln, für Bohrstellen und Straßen, die durch die Felder der Anwohner/innen verlaufen sollen. Wahrscheinlich werden also noch mehr Familien ihr Land verlieren bzw. wegziehen müssen. Die Bevölkerung fürchtet weiters, daß ihr Wasser durch das unsachgemäße Vorgehen des Unternehmens vergiftet werden und somit auch ihre Ernährungsgrundlage schwinden könnte. Bisher kam es noch zu keiner physischen Gewalt. Aktivist/inn/en, die die Bohrstellen von Recon besuchten, fühlten sich allerdings vom Sicherheitspersonal eingeschüchtert und wurden von demselben unter Drohungen verjagt. Dorfbewohner/innen wurden von der Firma gewarnt, kritische Meinungen würden dazu führen, daß sie von der Regierung auf eine schwarze Liste gesetzt und keine staatlichen Sozialleistungen oder Arbeitsplätze mehr erhalten würden. Zunehmend wird es schwieriger, Interviewpartner aus der Region zu finden, weil die Sicherheitskräfte die Bevölkerung anweisen, mit niemandem zu sprechen.

Recon hat strategisch Dutzende von gefälschten Konten auf allen sozialen Medienplattformen eingerichtet, um Aktivisten zu trollen mit dem Ziel, sie zu frustrieren. Der Namibian wurde mit einer Klage bedroht. Eine Beraterin von Recon, Sindila Mwiya, die für

das Unternehmen die Umweltverträglichkeitsprüfung abgewickelt hat, hat zahlreiche Einschüchterungsmails an Gemeindemitglieder und Aktivisten versendet.

Widerstand. Gerichtliche Klagen, die einige betroffene Dorfbewohner/innen sowie verschiedene Organisationen gegen das Projekt anstrebten, gingen verloren. Eine Petition von mehr als hundert zivilgesellschaftlichen Organisationen blieb ohne Wirkung.

Die Bevölkerung in den Kavangos war größtenteils nicht in der Lage, sich aktiv zu betätigen. Die meisten sprechen kein Englisch, und der Alphabetisierungsgrad ist niedrig. Daher kommt der Druck auf ReconNamibia und die Regierung hauptsächlich von Aktivist/inn/en in städtischen Gebieten und internationalen Verbündeten. Die Proteste fanden bisher hauptsächlich in der Hauptstadt Windhoek statt und wurden von gut informierten und ausgestatteten zivilgesellschaftlichen Organisationen organisiert, die wissen, wie man Genehmigungen für Proteste erhält. Aktivisten aus Kavango haben versucht, einen Protestmarsch zum Wahlkreisbüro in Ncuncuni zu organisieren, was jedoch aufgrund fehlender Mittel für die Information und Mobilisierung der Dorfbewohner mißlang.

armutsbekämpfung? Die betroffenen Gemeinschaften geben zu, daß sie dringend auf wirtschaftliche Entwicklung angewiesen sind, da sie in der ärmsten Region des Landes leben. Als Alternative zur Öl- und Gasexploration haben sie jedoch Investitionen in eine indigene Wissensökonomie vorgeschlagen als den besten Weg, um alternative Modelle

für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Region mit reichhaltigen natürlichen Ressourcen und Nahrungsmitteln gesegnet ist, aus denen sie einheimische Naturprodukte herstellen könnte – Produkte wie ätherische Öle, Seifen, Parfüms, Marmeladen, Speiseöl, Heilmittel für verschiedene Krankheiten und anderes. Das Filtern, Abfüllen und Verpacken der Produkte könnte vor Ort erfolgen, um den Produkten einen Mehrwert zu verleihen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Auch kleinräumige Farmwirtschaft, Holzschnitzerei und Bienenzucht wären Möglichkeiten. Die Regierung setzt jedoch auf ReconNamibia und hat dem Projekt ihre volle Unterstützung zugesagt. Sie sieht das Unternehmen als zentralen Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens. In den Werbemitteln von Recon heißt es durchweg, der prognostizierte Ölboom werde zu wirtschaftlichem Wohlstand in Namibia beitragen und stimme mit den Entwicklungszielen der Regierung über. Der Präsident, Hage Geingob, hat gleichfalls erklärt, die Recon-Investition werde die hohe Armutsrate in der Region lindern. Es sei ein Fehler, wenn Kavango Investoren verscheuchen würde. „Das ist ein gutes Projekt“, so auch Bergbau- und Energieminister Tom Alweendo, „auf das Namibia dringend wartet.“

In der Zwischenzeit fährt ReconNamibia fort, Buschland illegal zu roden und drei weitere Bohrstellen vorzubereiten. Sie sind offenbar unantastbar. ■

Rinaani Musutua (INDABA 108/20) ist Aktivistin des Economic and Social Justice Trust in Windhoek. Ihr Beitrag wurde redaktionell bearbeitet und gekürzt.

Kulturelle Identität gegen moderne Sklaverei

Ein aufsehenerregendes Statement: Trotz der Bemühungen Namibias um Integration würden die Menschenrechte in marginalisierten Teilen der Gesellschaft immer noch in unterschiedlicher Form verwirklicht. Problembereiche seien etwa Billiglöhne und moderne Sklaverei.

Dies erklärte der Gouverneur der namibischen Region Omaheke, Pijoo Nganate, anlässlich des Internationalen Tages der indigenen Völker der Welt am 9. August in Gobabis.

Probleme wie illegale Kinderverwahrung, Entführung, Menschenhandel und sexueller Mißbrauch seien einige der Probleme, die angegangen werden müßten. „Menschen, die Kinder unter dem Vorwand, sich um sie zu kümmern, in die Städte bringen und sie als Hausangestellte benutzen und ihnen den Schulbesuch verweigern, müssen zur Rechenschaft gezogen werden und mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen“, sagte Nganate.

Am meisten seien von dieser Marginalisierung Frauen, Jugendliche und Kinder betroffen, wobei vor allem Mädchen aus der Schule ausgegrenzt und stattdessen als Hausangestellte rekrutiert würden. Die namibischen Gesetze seien zwar darauf ausgerichtet, alle Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Es sei jedoch eine kollektive Verantwortung, die Menschenrechtsverletzungen anzugehen, um

sicherzustellen, daß alle Menschen im Land mit Würde und Respekt behandelt würden. „Wir sollten den derzeitigen Trend der Marginalisierung indigener Minderheiten stoppen“, sagte der Gouverneur.

Bildung und Alphabetisierung seien grundlegende Themen bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut sowie bei der Bewahrung von Sprache, Kultur und indigenem Wissen.

„In diesem Informationszeitalter liegt es in der Verantwortung jedes einzelnen Angehörigen der indigenen Minderheit, seine eigenen Geschichten aufzuschreiben und weiterzugeben, Archive seiner eigenen Geschichte und reichen Traditionen zu sein. Ihre Namen sollten auf Forschungspapieren und in der kulturellen Literatur erscheinen.“

Die Bewahrung der Kultur sei wichtig, um Geschichte lebendig zu halten. „Die Vereinten Nationen haben ein Jahrzehnt der indigenen Sprachen ausgerufen, und in dieser Zeit müssen die Geschichten Eurer Vorfahren in Euren eigenen Sprachen erzählt und aufgezeichnet werden“, so Pijoo Nganate. ■



Neue Afrika-Strategie der USA

Von Adalbert Krims

Am 8. August hat das Weiße Haus die neue Afrika-Strategie der USA veröffentlicht (U.S. STRATEGY TOWARD SUB-SAHARAN AFRICA). Begründet wird dieses Dokument so: „Subsahara-Afrika spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung globaler Prioritäten zum Nutzen von Afrikanern und Amerikanern. Es hat eine der am schnellsten wachsenden Bevölkerungen der Welt, die größten Freihandelszonen, die vielfältigsten Ökosysteme und eine der größten regionalen Stimmrechtsgruppen in den Vereinten Nationen (UN)“. Das Strategiepapier soll die „neuen Visionen der Biden-Harris-Administration für eine Partnerschaft zwischen den USA und Afrika zum Ausdruck bringen“. Außerdem soll damit auch die Bedeutung Afrikas für die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten neu definiert werden.

Als die 4 Hauptziele der neuen Strategie werden genannt: „1. Offenheit und offene Gesellschaften fördern; 2. Demokratische und sicherheitspolitische Fortschritte erzielen; 3. Den Wiederaufbau nach der Pandemie und die wirtschaftlichen Chancen fördern; 4. Umweltschutz, Anpassung an den Klimawandel und eine gerechte Energiewende fördern.“ Das Strategiepapier wurde gleichzeitig mit der Veröffentlichung in Washington von Außenminister Antony Blinken bei seinem Südafrika-Besuch auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit der südafrikanischen Außenministerin Naledi Pandor (INDABA 87/15) in Pretoria präsentiert. Offenbar wollte die US-Regierung mit dieser Vorgangsweise einerseits ein neues partnerschaftliches Verhältnis zu Afrika dokumentieren, andererseits aber auch die besondere Rolle Südafrikas im Rahmen der US-Afrikapolitik hervorheben. Blinken betonte in Pretoria auch, daß die Afrika-Strategie nicht auf die Rivalität mit China und Rußland ausgerichtet sei. Allerdings heißt es gleich im 1. Kapitel, daß es auch darum gehe, „schädlichen Aktivitäten Chinas, Rußlands und anderer ausländischer Akteure“ entgegenzuwirken.

Die südafrikanische Außenministerin Pandor kritisierte in Anwesenheit Blinkens das im April verabschiedete US-Gesetz gegen bösartige russische Aktivitäten

in Afrika (*Countering Malign Russian Activities in Africa Act*), das als Mittel zur Bestrafung afrikanischer Länder, die sich nicht an die Ukraine-Politik der USA halten, angesehen werden könnte. Zugleich wies Pandor Versuche europäischer Länder zurück (offenbar in Anspielung auf die jüngsten Afrika-Reisen des deutschen Bundeskanzlers Scholz und des französischen Staatspräsidenten Macron), Druck auf andere Länder auszuüben, sich der westlichen Sanktionspolitik gegenüber Rußland anzuschließen.

Südafrika werde sich jedenfalls nicht einschüchtern lassen, betonte Pandor. Sie machte deutlich, daß Südafrika in Bezug auf die Ukraine, China sowie Israel/Palästina andere Ansichten vertritt als die USA und kritisierte die unterschiedliche Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft an verschiedene Konflikte. Ausdrücklich erwähnte die südafrikanische Außenministerin in diesem Zusammenhang das Palästina-Problem: „Genauso wie das ukrainische Volk sein Territorium und seine Freiheit verdient, verdient auch das palästinensische Volk sein Territorium und seine Freiheit.“ Hier sei die westliche Position unausgewogen und manchmal sogar zynisch.

Was an dem Strategiepapier jedenfalls auffällt, ist die neue Sprache: So wird immer die „amerikanisch-afrikanische Partnerschaft“ betont, aber auch die Multilateralität (insbesondere hinsichtlich der Afrikanischen Union). Ebenfalls neu ist die ausdrückliche Anerkennung, daß Afrika nur für einen winzigen Bruchteil der weltweiten Emissionen verantwortlich, aber von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen ist. Es wird hervorgehoben, daß Klima- und Entwicklungsziele miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Inwieweit diese „neue Sprache“ auch zu einem „neuen Denken“ und vor allem zu einer „neuen Politik“ führt, die über ein Marketing in der Konkurrenz mit China und Rußland hinausgeht, das wird sich erst zeigen müssen. Und zwar sowohl im Detail – z. B. bei Visaerteilungen für Afrikaner/innen –, als auch im Großen, wenn es um die finanziellen Mittel für die Umsetzung der strategischen Ziele geht.

What a trip ...

Für 2023 bereitet Maria Kirchner eine Ausstellung prominenter südafrikanischer Fotograf/inn/en in Österreich vor. Um sie alle persönlich zu treffen und das Projekt vorzubereiten, fuhr sie im Juli nach Südafrika. Eine Reise, die von faszinierenden Begegnungen geprägt, aber auch von einem schweren Zwischenfall überschattet war.



Warum habt ihr das Kidnapping nicht in Kapstadt gemeldet?“ fragt uns der Detektiv. Seine hochgescherte Kurzhaarfrisur paßt zu seinem Lederkluft-Outfit, die E-Zigarette in der einen, eine Colaflasche in der anderen Hand. „Wir arbeiten ja für denselben Staat und leben nicht mehr im Mittelalter!“ Wir lächeln ihn gequält an. Kennt er sich nicht aus oder will er uns einer speziellen Prüfung unterziehen? Egal – uns ist in keinem Fall zum Scherzen zumute. Meinem Freund Thangami friert das Lächeln sofort ein. Für mich fühlt sich alles sowieso surreal an. Wir sitzen jetzt schon drei Stunden auf der Polizeistation in Cleveland/Hillbrow in Johannesburg und wollen einfach nur, daß die Ermittlungen Fahrt aufnehmen, um Thangamis jüngste Schwester zu befreien ...

Das ist der Beginn meiner zweite Woche hier in Südafrika. Die Vorbereitungen für diese Reise verliefen ungewöhnlich lange, aber die Planung einer Fotoausstellung benötigt eine gewisse Vorlaufzeit. Schon während den Pandemiezeiten litt ich unter fehlenden Informationen mit einem gewissen Anspruch an Qualität und Glaubwürdigkeit. Ich entdeckte einen Pressefotografen, der die schier endlose Zeit der Lockdowns tagtäglich mit seiner Kamera festhielt und sie in seinem Instagram-Account *@thehu-*

mansnarrative veröffentlichte. Wenn ich schon nicht reisen konnte, so wollte ich wenigstens meinen Hunger nach aktueller und aufrichtiger Berichterstattung stillen. Armand Hugh, Kapstädter Pressefotograf, kam diesem Wunsch nicht einfach nur nach, seine Art zu arbeiten begeisterte mich so sehr, daß ich vielen Menschen seine Fotografien näher bringen wollte. Und wie kann man das am besten machen, wenn man Zugang zu einer öffentlichen Galerie in Linz hat? Später fand ich vier weitere namhafte schwarze Fotografinnen, die verschiedene Generationen umfassen, um die südafrikanische Gesellschaft annähernd zu repräsentieren: Schwarz-Weiß, Frau-Mann, unterschiedliche Zugänge zur fotografischen Arbeit... das war meine Ausgangsposition. Jetzt bin ich hier, um sie alle persönlich zu treffen.

Der Familienrat bespricht sich in einer WhatsApp Gruppe über die Vorgangsweise, nachdem eine Lösegeldforderung von ZAR 10.000 am Handy meines Freundes eingegangen ist. Nach einigen Tagen und unendlichen Telefonaten und Messages ist klar, daß es die Entführer auf das Geld und nichts anderes abgesehen haben. Fast alle Mitglieder der Familie machen sich dennoch Sorgen und bombardieren Thangami, der sie ständig auf dem letzten



Stand halten soll. Niemand von ihnen ist vor Ort, aber alle wissen alles besser. Es ist ein unmögliches Unterfangen zwischen Anrufen, Fahrten und Erklärungen zur weiteren Vorgangsweise der Polizei. Ein Kinderschutzbeauftragter und eine Mitarbeiterin eines Frauenberatungszentrums treffen ein. Mashie, der Sohn der entführten Schwester, wird bei einer Bekannten gefunden und von einer älteren Polizistin mit warmer Kleidung versorgt. In einer mitternächtlichen Aktion wird er dem Kindesvater in einem informellen Settlement ein paar Straßen weiter übergeben. Zuvor kann der Fünfjährige kurz mit seiner Mama am Mobilelefon reden.

Thangami und ich wissen, daß auch heute Nacht der Fall nicht abgeschlossen sein wird. Wieder fahren wir zurück nach Newtown, für morgen haben wir ein Tracking des Telefons vorgeschlagen, um endlich ein positives Ergebnis zu erreichen. Wer führt hier eigentlich die Ermittlungen? Wie auch immer – am Tag darauf sollte es klappen. Allerdings verlieren Thangamis Geschwister eine Stunde vor dem Zugriff der Polizei Nerven und Geduld und überweisen 7.500 Rand. Diese 440 Euro sind den Kidnappern genug, sie lassen die Schwester frei – können so allerdings nicht gefaßt werden. So viel Aufwand umsonst! Thangamis Gemüt wechselt zwischen Zorn und Enttäuschung, der Familienzusammenhalt bekommt einen Riß. Die Zukunft der Schwester liegt im Argen, jetzt – nach der Entführung – wäre das Geld nötig, denke ich mir.

In den Zeitfenstern zwischen den angespannten Fahrten zur Polizei versuchten Thangami und ich zu arbeiten – einerseits an unserem gemeinsamen Projekt, andererseits an allem, was ich mir für den Fotografiebereich vorgenommen habe. Innerlich froh, fast gierig auf meine persönlichen Vorhaben mache ich mich alleine auf den Weg. Gleich ein

paar Schritte von meiner Unterkunft in Newtown aus liegen die Market Square-Häuser. Ein architektonisch kulturelles Erbe, das der Bezeichnung gerecht wird – eine kulturelle Ecke: Theater, Galerie, Proberäume und eben der Market Photo Workshop selbst. Das Gebäude überrascht mich bereits beim Näherkommen: großformatige Folien statt Fenster, transparente Fotografien an den Glasfronten des Galeriebereichs, ein markanter Innenhof, der freundliche Portier. Bereits beim Eintreten selbst ist es klar: Hier wird Fotografie gelebt. Erst jetzt fällt mir ein, daß ich gar nicht gefragt habe, ob jemand Zeit hätte, mir alles zu zeigen – aber das ist in diesem Fall sowieso nicht der afrikanische Weg. Loyiso stellt sich mir als Koordinator vor, zuständig für Ausbildungen und Mentoring. Ich erzähle ich ihm, daß ich das Gefühl habe, daß beim Finden der Fotografinnen die Fäden immer beim Market Foto Workshop zusammenlaufen. Dieses Haus spielt eine zentrale Rolle, deshalb will ich es sehen.

1989 von David Goldblatt gegründet, fokussierte es sich in den Anfängen auf die sozial-dokumentative Fotografie, ein Genre, das einen Einstieg in die Medienlandschaft und die Berufswelt ermöglichen sollte. Fotojournalismus war eine wichtige Strategie bei der Dokumentation der Geschehnisse während der Apartheid. Heute ist der MPW eine Ausbildungsstätte, die Kurse in analoger und digitaler Fotografie anbietet. Die Schule fördert die Position der Fotografie durch öffentliche Diskussionen, Ausstellungen, gibt verschiedene Kataloge heraus und bietet all diese Angebote besonders für marginalisierte Menschen im ganzen Land an, die in Townships und informellen Settlements wohnen. Möglich ist das alles durch ein perfektes Mentorship von professionellen Fotograf/inn/en, meist selbst Abgänger dieser Fotoschule. Sie vermitteln den technischen, intellektuellen und finanziellen Grundbau, um danach am Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Alles das ist durch die Unterstützungen von Gettyimages, Canon, IOM, der UNO und der Open Society Foundation South Africa möglich.

Mir präsentiert sich der MPW als umfangreiche Ausbildungsinstitution, die sich den vielfältigsten Herausforderungen öffnet – das wird mir während der umfangreichen Führung sofort klar. Ich dokumentiere die Räumlichkeiten, unsäglich viele Eindrücke, alles fügt sich ineinander: Hörsaal, Bibliothek, Räume zum Ausbelichten und Entwickeln, Lager für Passepartouts und Bilderrahmen, Druckerstation, iMacs für Postproduction und graphisches Design, offene Räumlichkeiten, die zur Kommunikation und zu den wichtigen

Bildbesprechungen einladen. Helle Flächen, viel Platz, überall zwei, drei Mitarbeiter/innen, die auch ihre persönlichen Arbeitsbereiche mit ihren Fotoarbeiten schmücken – ihre spezielle „hall of fame“, wie sie mir erklären. Alle Personen, auf die wir treffen, werden mir vorgestellt, und es entwickeln sich sofort Gespräche. Man nimmt sich so viel Zeit für mich. Und das alles ohne Voranmeldung... Ich verbringe drei, vier Stunden dort, gehe noch alleine durch die Galerien und sauge die Ausstellungsbilder auf. Was für Beiträge, was für Arbeitstitel, *Living Legacy* zum Beispiel...

alles hier und dort baut auf Beziehung auf. Niemals könnte ich um finanzielle Förderungen und private Unterstützungen für die geplante Fotoausstellung anfragen, wenn ich jene Menschen, die ich nach Österreich einladen möchte, nicht persönlich treffen würde. Armand Hugh kenne ich ja schon, ich traf ihn im letzten August in Mui-zenberg. Er strahlt Ruhe und Kompetenz aus, hört immer aufmerksam zu und ist an allem interessiert. Ich hatte damals schon das Gefühl, mit ihm über hundert Dinge sprechen zu wollen, die Zeit erscheint mir immer viel zu kurz. Alle seine fotografischen Arbeiten des täglichen Lebens sind wohl recherchiert, die meisten, die ich kenne, wirken so intensiv, da sie in Schwarz-Weiß gehalten sind. Es geht ihm um die Vermittlung von Gefühlen, um die Wahrheit der Gefühle und um den Schmerz, den er erlebt, wenn er von dunklen Orten berichtet. Trotzdem glaubt er daran, daß seine Fotografien die Kraft haben, Meinungen zu ver-



ändern. Oft versuche ich mir die Intensität vorzustellen, die Armand durchgemacht haben muß, als er es sich zur Aufgabe machte, die 790 Tage der Lockdowns fotodokumentarisch festzuhalten. Die ersten Jahre an Kriegsschauplätzen im Mittleren Osten bei CNN mögen schon hilfreich gewesen sein, aber in Zeiten der Ängste und der Ahnungslosigkeit, wo Frust und massive Arbeitslosigkeit sich breit machte, ist noch etwas anderes.

Auch Lindeka Qampi (INDABA 73/12) traf ich in Kapstadt. Da sie mit meiner Nachricht: „*Mein Freund fährt mich überall hin*“ wohl nicht so viel anfangen konnte, einigten wir uns auf Wynberg in den Southern Suburbs, sie warte einfach vor dem Bekleidungsgeschäft. Schnell ins Auto gesprungen, sehr ladylike, berichtet sie sofort von dem Vorfall, den sie gerade erlebt hatte: „*Stellt euch vor, ich glaube, ich bin gerade zwei Dieben im Weg gestanden!*“ Ihre Schilderungen sind so authentisch, Thangamis Ergänzungen so detailreich, daß ich die Szenen bereits in Gedanken ganz genau vor mir sehe. Sie meint später, daß die Fotografie das Bewußtsein für alle Lebensbereiche schärft – ich wurde schon Zeuge davon. Ihr fotografischer Aktivismus gilt dem Ausdruck ihrer eigenen Identität, ihren Wurzeln. Sie will eine Bildsprache sprechen, die Ungerechtigkeiten aufzeigt, Gewalt und Armut bekämpft und in der das Erbe der Vielsprachigkeit respektiert wird. Die Kamera ist ihr Werkzeug dafür.

alle weiteren Fotografinnen leben und arbeiten in Johannesburg, der City of Gold. Alle drei lachen lauthals auf, um danach gleich den Kopf zu schütteln: Das Gold der Stadt gebe es nicht für Künstlerinnen, es sei kaum zu schaffen, sich mit Fotografie über Wasser zu halten. Aber sie tun es – Tag für Tag, Nacht für Nacht.

Manyatsa Monyamane lädt uns zu sich nach Hause nach Hillbrow ein. Nur ein paar Straßen weiter, wo Thangamis Schwester festgehalten wurde. Ich lasse die Häuser an mir vorbei ziehen, in Gedanken versunken, da parkt Thangami plötzlich ein. Hier könne man ganz gut frühstücken. Ein portugiesisches Frühstück? Hier? Und er hatte so recht... Dennoch war es noch nicht das Ende der Überraschungen, denn Manyatsas kleines Einfamilienhaus übertraf so viel. Schon vor dem Eingang ins Haus weiß man, daß hier Menschen mit einem besonderen Verhältnis zu Farbe und Musik leben: gestrichene Möbel, große bunte Teppiche, Fotografien von Jazzmusikern an den Wänden, Portraits, ein kleiner Garten, ... wie verzaubert nehme ich

das wahr. Manyatsa spricht sicher und überzeugend von dem, was sie fotografieren will. Sie kommuniziert auch bei ihrer Arbeit mit den Menschen, die sie abbildet. Sie genießt Unerwartetes, Unendliches. Der Rooibostee kühlt langsam aus, am Plattenspieler dreht sich Louis Armstrong's „Hello Dolly ...“ Alle sind erstaunt über meine Textkenntnisse des Songs, ich auch. Schon lange nicht mehr gehört, aber das Älterwerden hat auch Vorteile – Textzeilen von früher sind aus dem Gedächtnis leicht abrufbar.

Ein anderes Mal – mit dem geöffneten Navigationsmenü von Google liegt das Mobiltelefon von Thangami neben mir. Keine Ahnung, warum es uns im Kreis schickt. Aber Andy Mkosi wartet geduldig, ihr Lachen erwartet uns im Gastgarten des IT Corners in Melville, dem Kreativtreffpunkt hier in der Gegend. Komplett offen und unkompliziert spricht sie von sich selbst, ihrer derzeitigen Lage und ihrem ungestillten Hunger nach guten Fotobüchern, die leider immer zu teuer sind, um sie zu kaufen. Das FRAME-Magazin ist eingestellt worden, die journalistischen Unterstützer konnten keine Geldgeber mehr aufreiben. Für diese Zeitschrift hat Andy besonders gerne gearbeitet, es herrschte ein super Teamgeist bei den Mitarbeiter/innen, viele waren schlicht Freunde. Jetzt ist ihre Familie selbst das Zentrum ihres fotografischen Tuns, die Auseinandersetzung mit dem Matriarchat nimmt eine zentrale Rolle ein. Und die Musik! Andy gilt als vielseitiges Multitalent, das viel lieber Momente als Posen dokumentiert und auch in Bands spielt und singt. Sie findet ihre Bereiche neben den Menschen und dem Musikbetrieb im Nachtleben, aber auch bei den sozialen Themen, die das Wohnen und die Gleichberechtigung betreffen. „*Sometimes it's really hard, but we will make it!*“ sagt sie zum Abschluß.

Persönlich war ich etwas innerlich unruhig, als wir Ruth Seopedi Motau in Braamfontein, 44 Stanley trafen. Bei dieser Frau laufen all diese Fäden zusammen, die ich bei meinem Besuch im Market Photo Workshop erwähnte, und sie ist auch eine seiner ersten Absolventinnen. Sie arbeitete als erste schwarze Fotografin bei der südafrikanischen Presse. Sie kannte all diese charismatischen Persönlichkeiten: Mandela, Tutu, Makeba ... Sie ist für mich die Grande Dame, allerdings eine, die sich in Zurückhaltung übt. Und das sind die wirklichen großen Persönlichkeiten im Leben, finde ich. Derzeit sind einige ihrer Arbeiten in der wunderbaren Ausstellung „When Rain Clouds Gather“ noch bis 9. Jänner 2023 in der *Norval Foundation* in Kap-



stadt zu sehen. Sie erhält gerade zahlreiche Auszeichnungen, ist in vielen Medienkanälen präsent und ist eine ausgezeichnete Mentorin für junge Fotograf/innen. Sie spricht zielgerichtet, trotz all der widrigen Umstände, die in der Vergangenheit waren und jenen, die jetzt herrschen. Im Zentrum allen künstlerischen Tuns sieht sie die Randgruppen der südafrikanischen Gesellschaft, damals wie heute, und träumt davon, eine Fotoschule für Kinder in einem Township eröffnen zu können. Sie hält so viele Verbindungen zu so vielen Menschen aufrecht, besonders Frauen, insbesondere zu Zanele Muholi, die selbst gerade weltweit im Mittelpunkt vieler Ausstellungen, Videos und Installationen steht und sich aktiv für die Rechte der LGBTQ+ einsetzt.

Momentan, zurück in Österreich, gebe ich Ansuchen um Fördermittel ab und tippe zahllose Emails um Unterstützung für die Foto-Ausstellungen zu erhalten. Momentan erinnere ich mich aber auch an tausende Einzelerlebnisse meiner Südafrikareise. Ich bin Thangami unendlich für seine Sicherheiten dankbar, für die er sich zuständig fühlt und die mir dieses Reisen überhaupt ermöglichen. Aber ich wünsche mir nichts sehnlicher, als nächstes Jahr mit dem Reisen zu pausieren, weil meine Fotograf/innen die Möglichkeit erhalten sollen, nach Europa zu kommen, um Euch ihre Bilder an den Wänden zu zeigen, aber auch die, die in Euren Köpfen verwurzelt sind, wenn es um Afrika geht. Ein befreites Image soll das Ziel sein, das freie Bild in der künstlerischen Fotografie aufrecht zu erhalten und das Recht, Fotografien frei von Zensur zeigen zu können. Free.Image eben – wie der Titel meiner geplanten Fotoausstellung.



Bischof Seoka (re.) mit drei „Witwen von Marikana“ im Wiener ÖGB-Haus

strukturellen Verbesserungen zu vermerken. Auch die Untersuchungskommission im Nachgang des Massakers war letztlich „eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen, die zur Unterstützung der Opfer eingesetzt werden hätte können.“

Sie schützte vielmehr die Interessen der Lonmin-Aktionär/in/nen und kam dadurch einer „Kriegserklärung des Kapitals an die Arbeiter/innen“ gleich. Enttäuscht zeigt sich Seoka auch von der AMCU, der im Nachfeld des Massakers stark wachsenden Gewerkschaft, in die – gerade auch von linker Seite – viel Hoffnung gesetzt wurde. Interne Machtkämpfe, fehlende Strukturreformen und Korruption haben eher zu Gewalteskalationen und Morden in den Jahren nach dem Massaker beigetragen, als daß sie sie verhindert hätten: „Rund um die Platinminen von Marikana ist eine Spur des Todes entstanden, ohne daß auch nur ein Symbol der Heilung und Versöhnung, eine Gedenkstätte mit den Namen aller Opfer des Massakers geschaffen worden wäre.“ Seoka war Zentrum von Kampagnen, die Liefer-

ketten, die in Marikana ihren Ausgang haben, thematisierten: in Deutschland der Platin-Hauptabnehmer BASF und in England der Aktiensitz des Minenbetreibers Lonmin. Diese weiterhin laufenden Kampagnen, die die koloniale Vergangenheit und dessen anhaltende Wirkungen mitreflektieren, werden in ihren partiellen Erfolgen, aber auch beschränkten Radian besprochen.

Das Buch schließt mit einem Plädoyer: Die Reparationsfrage – sowohl die kolonialhistorische als auch die konkrete im Nachfeld des Massakers – darf nicht länger verschoben werden. „Sich dieser Frage zu verweigern, kommt einer Beteiligung an einer Katastrophe gleich, die sich zu wiederholen droht.“

Johannes T. Seoka: **Marikana – eine offene Wunde. Der Kampf für gerechte Löhne und Entschädigung nach dem Massaker von 2012.** Übersetzt von Simone Knapp. Werkstatt Ökonomie/KASA, Heidelberg 2022.

... bücher ...

Bernd Heyl, **Namibische Gedenk- und Erinnerungsorte. Postkolonialer Reisebegleiter in die deutsche Kolonialgeschichte** (Frankfurt, brandes+apsel, 2021). 282 S.

Mit „Präsenz der Vergangenheit“ übertitelten Bettina Moser und Simon Loidl 2011 ihren Namibia-Reisebericht im INDABA (70/11) und erzählten von dem damals noch kaum zu übersehenden Erbe der deutschen Kolonialzeit: Architektur, Straßen- und Ortsnamen, Denkmäler usw.

Mittlerweile hat sich die Situation einigermaßen verändert: Generell ist eine Vernachlässigung kolonialen Kulturerbes bis zum Verfall zu bemerken (INDABA 87/15), zahlreiche topographische Bezeichnungen wurden in den letzten Jahren umbenannt, einige besonders umstrittene Monumente beseitigt. Ob damit in der Tat die von postkolonialen Denkmalstürmern intendierte Reinigung des gesellschaftlichen Bewußtseins von kolonialistischen Elementen verbunden ist oder nicht einer Geschichts- und daher Orientierungslosigkeit Vorschub geleistet wird, scheint eine offene Frage.

In jedem Fall aber haben sich Namibia und insbesondere Windhoek weitgehend der Möglichkeit beraubt, einen kulturtouristischen Sektor zu entwickeln, der den stereotypen Landschafts- und Tiertourismus ersetzen und durchaus auch von einem entsprechenden kolonialkritischen Diskurs begleitet hätte sein können. Das Flair des an die Stelle bisheriger Bauten und Benennungen Getretenen hält sich jedenfalls in Grenzen, wie das Beispiel des nordkoreanisch geprägten Independence Museum zeigt, dem 2013 das Reiterdenkmal

vor der Alten Feste in Windhoek weichen mußte.

Wie Kulturtourismus und kolonial-kritischer Diskurs für Tourist/inn/en ausschauen könnten, zeigt das Buch von Bernd Heyl (und einigen Mitautor/inn/en) sehr deutlich. Sein „Reisebegleiter“ führt zu zwanzig Orten in Namibia und stellt diese anhand ihrer lokalen Erinnerungslandschaften an den deutschen Kolonialismus dar. Viele davon sind allen Namibiareisenden bekannt oder sogar Hauptziele ihrer Reise, etwa Windhoek, Swakopmund oder der Etosha-Nationalpark. Andere wie Otjimbingwe oder Schloß Duwisib sind eher Geheimtipps. Ausgeblendet wird naturgemäß der Norden Namibias, in dem der deutsche Kolonialismus ja nicht Fuß fassen konnte; darauf beziehen sich nur die Abschnitte über Namutoni und die „Rote Linie“.

Heyls „Gedenk- und Erinnerungsorte“ ersetzt die praxisbezogenen Informationen der üblichen Reiseführer nicht, bietet aber historisches Hintergrundwissen übersichtlich und jeweils lokal eingebettet, das zum Verständnis des Reiselandes Namibia – und der deutsch-namibischen Konfliktgeschichte – eigentlich unverzichtbar ist. Das Buch sollte in keinem Namibia-Reisegepäck fehlen!

Avril Nanton – Jody Burton, **Black London. History, Art & Culture in over 120 Places** (Chichester, inkspire, 2021). 192 S.

Durch Zufall hab ich dieses Büchlein in die Hand bekommen – handlich, nett ausgestattet und interessant. Ein Reiseführer zu 120 Gedenkortern Schwarzer Präsenz in London, worunter die Autorinnen – die auch in

nicht-rassistische Stadtpaziergänge involviert sind – afrikanische wie afro-amerikanische (-karibische) Bezüge verstehen, letztere (so scheint es mir) fast überwiegend. Ob das mit der getroffenen Auswahl zusammenhängt oder eine tatsächlich ungleiche Balance widerspiegelt, sei hier dahingestellt.

Die Autorinnen teilen London in fünf Regionen ein, innerhalb derer sie jeweils eine Reihe historischer und aktueller Stationen erklären – von Cleopatra's Needle, einem ägyptischen Obelisken aus dem 15. Jahrhundert v. Chr., bis zu einem Black Lives Matter-Murale von 2020. Die meisten waren mir persönlich unbekannt und werden es vielleicht auch dem London-Experten oder selbst geborenen Londonern sein. Oder haben Sie gewußt, daß die zuvor leere Westfassade von Westminster Abbey 1998 mit Statuen „moderner Märtyrer“ geschmückt wurde, darunter der Südafrikanerin Manche Masemola und von Janani Luwum aus Uganda?

„Black London“ spiegelt somit nicht nur Schwarze Immigration und Diasporabildung wider, sondern auch eine intensive Gedenkkultur, die in zahlreichen Gedenktafeln und -plaketten in allen Stadtteilen zum Ausdruck kommt (wäre eine Anregung auch für österreichische Städte!). Südafrika kommt dabei nicht zu kurz, wie z. B. Gedenkorte für Nelson Mandela, Oliver Tambo oder Steve Biko bezeugen.

Als Autor eines längst vergriffenen Stadtführers „Afrikanisches Wien“ bzw. des noch erhältlichen Folgewerks „Expeditionen ins afrikanische Österreich“ (Mandelbaum-Verlag, bitte um Entschuldigung für die Eigenwerbung) lese ich das Buch von Nanton und Burton auch aus professionellem Interesse. Abgesehen von editorischen

Herausforderungen wie der Gliederung (kein einfaches Thema) hat mich dabei vor allem ihre Konzeption interessiert. Dreierlei fällt hier auf:

Erstens ist „Schwarz“ naturgemäß breiter angelegt als „afrikanisch“, schließt hier aber auch „ägyptisch“ ein, was in Black Studies ja nicht immer der Fall ist.

Zweitens ist die Auswahl erfreulicherweise auch historisch, etwa mit



Mandela-Denkmal auf dem Parliament Square, London (Ian Walters, 2007)

der Erinnerung an John Blanke, den Trompeter Heinrichs VIII. (1511), wobei klarerweise Bezüge auf Personen oder Ereignisse seit dem 18. Jahrhundert überwiegen.

Drittens – und hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu meinen beiden Führern – berücksichtigen die Autorinnen die Wahrnehmung bzw. Bewertung Schwarzer Präsenz durch die Mehrheitsbevölkerung nicht, etwa in Bildender Kunst, Medien usw. Dies ist eine legitime Selbstbeschränkung, blendet jedoch Fragestellungen nach Rassismus, Exotisierung oder Solidarität aus, was ich persönlich schade finde.

Walter Sauer

Fabian von Poser, **Ostafrika verstehen (Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda)**. Sympathie-Magazin (Seefeld, Studienkreis für Tourismus und Entwicklung, 2022). 82 S.

In diesem neuen Sympathie-Magazin berichten deutsche und einheimische Autor/inn/en, wie die Menschen in Kenya, Rwanda, Tanzania und Uganda den Alltag meistern. Sie schreiben von noch immer schwelenden Konflikten aus der Kolonialzeit, von Demokratiedefiziten, Umweltproblemen und HIV-Infizierten. Armut, ungleiche Bildungschancen und hohe Jugendarbeitslosigkeit sind in Ostafrika noch allgegenwärtig. Es kommen aber auch Menschen zu Wort, denen es gelungen ist, mit Geduld und Kreativität schwierige Lebensbedingungen zu verbessern.

Wer zum ersten Mal nach Ostafrika reist, der ist vor allem von der Natur fasziniert, die vom Ostafrikanischen Grabenbruch geprägt ist. Neben den Naturschätzen begeistert Ostafrika aber vor allem durch seine Menschen. Die Küste ist von der Swahili-Kultur geprägt, in der sich arabische und afrikanische Einflüsse begegnen. Im Hinterland leben auf engstem Raum zahlreiche verschiedene Volksgruppen mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen. Bei Begegnungen und Gesprächen mit Einheimischen spüren die Leserinnen und Leser, was Redakteur Fabian von Poser beschreibt: „Für mich ist Afrika ein Kontinent, der uns zeigt, was es im Leben noch alles gibt.“ Die Menschen haben spezifische Probleme – sind jedoch von einer Menschlichkeit geprägt, „... die mir in unseren Breiten bisweilen abhandengekommen zu sein scheint.“

„Begegnung Südliches Afrika“: ein Update

Dialoggruppen

Im Laufe des Herbstes werden unsere Dialoggruppen beginnen – wir bringen Gewerkschafter/innen und Aktivist/in-n/en in Österreich mit ebensolchen in Südafrika, Namibia, Zimbabwe und Moçambique in Kontakt. Austausch per WhatsApp, Zoom o. ä. über die jeweils eigene Arbeitssituation, die Teuerung, soziale Ungleichheit usw. Für jede Kleingruppe bieten wir eine Einführung an und stellen den Kontakt her – dann übernehmen Sie! Bei Interesse bitten wir um Anmeldungen unter dialogprojekt@sadocc.at.

Nächstes Seminar

Die nächste Veranstaltung in dem von der Austria Development Agency geförderten Projekt (INDABA 114/22) beschäftigt sich mit

*Prekäre Arbeit, prekäres Leben.
Informelle Beschäftigung im
Südlichen Afrika und Österreich*

und findet statt am

05. Oktober 2022, 9.00 bis 13.00 Uhr im
Bildungs- und Begegnungszentrum Haus der Frau
(Volksgartenstraße 18, 4020 Linz).

Referentinnen: Barbara Rohregger (Politologin und Sozialanthropologin) sowie Sónia Melo (UNDOK – Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender).



Reader zum Projekt
(bei SADOCC erhältlich)

Afrikaans in Österreich

Seit Oktober 2020 bietet ÖNG-Vorstandsmitglied Lydia Williams an der Wiener Volkshochschule Brigittenau Kurse für Afrikaans an. Die ehemalige „Küchensprache“ der Sklavinnen und Sklaven am Kap, die während der Apartheid beinahe eine Monopolstellung einnahm, ist heute eine der elf Amtssprachen Südafrikas. Mittlerweile gibt es Onlinekurse für verschiedene Anfänger- und Fortgeschrittenengrade, Anfang Oktober beginnt das neue Unterrichtsjahr.

Anmeldungen unter www.vhs.at/de/e/brigittenau/kursangebot

Impressionen vom NELSON MANDELA DAY 2022

von Birgit Reiter und Alois Pommer



Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



NAMIBIAN *Life* TRAVEL

Ihr Partner im „Südlichen Afrika“

UNSER SERVICE

- Fachkundige Beratung
- Ausarbeitung von Reiseprogrammen für Individualreisende / Gruppen
- Gestaltung und Reservierungen von Selbstfahrertouren inkl. Mietwagen
 - Buchungen von Hotels, Lodges, B&B, Gästefarmen und Gästehäusern
- Abholung von Reisenden am Flughafen Windhoek
- Vertretungen in Südafrika, Botswana, Zambia, Zimbabwe, Mozambique, Kenya, Tanzania
- Und vieles mehr

Persönliche und prompte Erledigung ist unser Rezept!
Nennen Sie uns ihre Wünsche, wir arbeiten Ihnen ein gut abgestimmtes Reiseprogramm aus

Eine ausgezeichnete Beratung garantiert Ihnen eine unvergessliche Reise!

Ernst Wallner

P.O. Box 9481 Eros, Windhoek – Namibia

Tel: 00264 61 245 147 | Mobil: 00264 81 475 7949

Email: office@namibian-life-travel.com | Skype: windhuk881

www.namibian-life-travel.com



NTB Reg Nr: BOO000181 | Company Reg Nr: CC2011-2679

NAMIBIAN LIFE TRAVEL CC

